



## Parlamentarischer Auftrag

Betreffend: Umsetzung des Masterplans Arbeitsintegration in Burgdorf  
eingereicht von: Andrea Lüthi namens der SP Fraktion  
am: 6. November 2017

---

### Ausgangslage:

Zurzeit wird im Kanton Bern die Revision des Sozialhilfegesetzes (SHG) diskutiert. Geplant sind Kürzungen der finanziellen Unterstützung von Bedürftigen. Der Kanton Bern soll nach dem Willen gewisser Politiker und Politikerinnen von den schweizweit anerkannten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abweichen und diese je nach Klientengruppe um bis zu 30% unterschreiten.

Dagegen wehren sich u.a. Fachorganisationen aber auch verschiedene Städte und Gemeinden. An einer gemeinsamen Medienkonferenz vom 29. Juni 2017 haben sich die Gemeinden Bern, Biel, Langenthal, Ostermundigen und Burgdorf gegen Kürzungen in der Sozialhilfe ausgesprochen und Alternativmassnahmen vorgeschlagen, wie die Kosten in der Sozialhilfe optimiert werden können. Im Zentrum der Vorschläge steht ein Aktionsplan für die berufliche Eingliederung von Personen aus der Sozialhilfe, der sogenannte „Masterplan Arbeitsintegration“. Dieser setzt sich die Schaffung von 600 bis 1000 zusätzlichen Stellen im Kanton Bern für Sozialhilfebeziehende zum Ziel. Je die Hälfte dieser zusätzlichen Arbeitsplätze sollen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor realisiert werden. Nach Auffassung der Gemeinderäte der erwähnten Städte und Gemeinden ist es sozialpolitisch bedeutend sinnvoller, gezielt in die Arbeitsintegration zu investieren anstatt einfach Leistungen zu kürzen. Die SP Burgdorf teilt diese Ansicht vollumfänglich.

Im ihrem Grundlagenpapier „Alternativvorschläge für die Optimierung der Sozialhilfekosten im Kanton Bern“ vom 29. Juni 2017 verpflichten sich Bern, Burgdorf, Langenthal und Ostermundigen, „in ihren Verwaltungen und bei gemeindenahen und subventionierten Betrieben zusätzliche Stellen für Personen aus der Sozialhilfe bereitzustellen“ (S. 13). In der eigenen Medienmitteilung vom 29. Juni 2017 schreibt die Stadt Burgdorf zu Recht, dass zwar bereits heute in Zusammenarbeit mit den Anbietern von Arbeitsintegrationsprogrammen ein gut diversifiziertes Angebot besteht. Für eine nachhaltige und verstärkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt brauche es jedoch eine zusätzliche Förderung von spezifischen Programmen.

Die SP Burgdorf ist überzeugt, dass dieser wichtige Schritt in die richtige Richtung, unabhängig vom Resultat der anstehenden Gesetzesdebatte im Grossen Rat gemacht werden muss. Die Stadt Burgdorf soll hierbei eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernehmen und sein Versprechen einlösen.

### Forderung:

Der Gemeinderat Burgdorf wird aufgefordert, in einem Bericht konkret aufzuzeigen:

- wo und wie in der Verwaltung und den gemeindenahen und subventionierten Betrieben zusätzliche Stellen für Personen aus der Sozialhilfe geschaffen werden,
- wie viele Stellen das sein werden,
- welche Kosten dadurch entstehen z.B. durch Begleitung und Betreuung der Klient/innen, Qualifizierungsmassnahmen, Unterstützung der Arbeitgebenden usw. und
- welche Kosten in der Sozialhilfe dadurch gespart werden können.



Sozialdemokratische Partei  
Burgdorf

Postfach, 3401 Burgdorf  
info@sp-burgdorf.ch  
www.sp-burgdorf.ch

---

Ort und Datum: Burgdorf, 6. November 2017

Unterschrift

**Mitunterzeichnende:**